

ENERGIE, INFRASTRUKTUR UND UMWELT

Beyond Green Growth: Für eine doppelte Entkopplung

Dr. Susanne Cassel und Dr. Michael Zibrowius

Um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie zu überwinden, wird weltweit vor allem auf Wirtschaftswachstum gesetzt. Auf diese Weise soll das Vorkrisen-Niveau möglichst schnell wieder erreicht, die Arbeitslosigkeit gesenkt und das Wohlstandsniveau gesteigert werden. Zudem erscheint Wirtschaftswachstum als einfachster Weg aus der hohen Staatsverschuldung. In den USA, der EU und Deutschland soll ein erheblicher Teil der staatlichen Mittel zur Pandemiebewältigung in „grüne“ Investitionen fließen, um so die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu befördern. Ob eine solche „Green-growth-Strategie“ oder der gegenteilige Ansatz der Wachstumsrücknahme (Degrowth) der richtige Weg ist, um Klima und Umwelt zu schützen, wird kontrovers diskutiert. Da beide Ansätze ihre Schwächen haben, sollte Politik nicht allein auf einen von ihnen setzen. Damit es gelingt, die planetaren Belastungsgrenzen einzuhalten, sollten umweltschädliche externe Effekte mithilfe marktbasierter Instrumente internalisiert, Raum für Experimente und innovative Ansätze geschaffen und gesellschaftliche Institutionen wachstumsunabhängiger gestaltet werden.

Im Zentrum der Diskussion um die Einhaltung der planetaren Belastungsgrenzen stehen die Treibhausgasemissionen, obwohl auch das Artensterben und belastete Böden und Gewässer kritische Grenzen überschreiten. Das Ziel, bis 2050 klimaneutral zu werden, zu dem sich Deutschland wie viele andere Staaten verpflichtet hat, ist ambitioniert. Dies umso mehr, wenn gleichzeitig ein bestimmtes Maß an Wohlstand erhalten werden soll. Denn der Anstieg des (monetär gemessenen) Wohlstands von Volkswirtschaften ging lange Zeit stark mit einer höheren Inanspruchnahme von Ressourcen, zunehmendem Energieverbrauch und steigenden CO₂-Emissionen einher. Zwar ist es z. B. in den OECD-Ländern gelungen, den Energieeinsatz und die CO₂-Emissionen je Gütereinheit zu senken (relative Entkopplung), mit einem Weiter-so wie bisher würden aber die planetaren Belastungsgrenzen deutlich überschritten.

Helfen Sie mit!

Um den ECONWATCH-Policy Brief anbieten zu können, in dem Sie verständliche und wissenschaftlich fundierte Informationen über wirtschaftspolitische Zusammenhänge und Reformmöglichkeiten erhalten, ist ECONWATCH als gemeinnützige und unabhängige Organisation auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen. Informationen hierzu erhalten Sie auf: www.econwatch.org

Müssen wir daher auf Wachstum und Wohlstand verzichten, um unseren Planeten zu schützen? Oder hilft uns gerade Wachstum dabei, mehr für den Klimaschutz zu tun? Der Ansatz des „Grünen Wachstums“ (Green Growth) zielt darauf ab, durch den Einsatz neuer Technologien und einen Fokus auf klimafreundliche Produktionsprozesse (Stichwort: Kreislaufwirtschaft) wirtschaftliches Wachstum zu ermöglichen, ohne dabei die planetaren Belastungsgrenzen zu überschreiten. Wirtschaftswachstum wird dabei als notwendig angesehen, um das erreichte Wohlstandsniveau zu erhalten oder zu erhöhen. Es wird davon ausgegangen, dass die technologischen und ökonomischen Möglichkeiten existieren, um die ökologischen Belastungen trotz Wirtschaftswachstums hinreichend zu reduzieren.

Diesem Ansatz diametral gegenüber steht die Vorstellung, dass eine „Wachstumsrücknahme“ (Degrowth) notwendig ist, um die ökologischen Herausforderungen zu meistern. Die Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch allein sei dafür nicht ausreichend. Degrowth-Vertreter halten Wirtschaftswachstum – zumindest in wohlhabenden Ländern – auch nicht für zwingend, um die Lebensqualität zu erhöhen.

In ihrer Absolutheit sind beide Ansätze angreifbar. So ist weder hinreichend wissenschaftlich belegt, dass sich Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch hinreichend und vor allem hinreichend schnell entkoppeln lassen, noch dass die dafür notwendigen Technologien rechtzeitig verfügbar sind. Aber auch die gegenteilige Behauptung, dass eine Entkopplung überhaupt nicht möglich ist, ist nicht haltbar. Zudem ist es einerseits nicht zwingend, dass die Lebensqualität nur durch Wachstum steigt. Andererseits ist nicht klar, wie bei ausbleibendem oder negativem Wachstum die Lebensqualität erhalten, geschweige denn zunehmen kann, und wie die notwendigen Investitionen für eine ökologische Transformation finanziert werden sollen.

Die vorsorgeorientierte Postwachstumsposition nimmt diese Einwände auf und plädiert für eine politische Strategie, die darauf abzielt, nicht nur Wirtschaftswachstum und Ressourceneinsatz voneinander zu entkoppeln, sondern auch nach Möglichkeiten zu suchen, die Lebensqualität unabhängiger von Wachstum zu machen.

Eine in diesem Sinne rationale Politik sollte erstens konsequent umweltschädliche externe Effekte durch Bepreisung internalisieren. So werden mit Systemen wie dem Eu-

KERNAUSSAGEN

Politikanalyse:

- Der Umgang mit dem Klimawandel ist eine zentrale politische Herausforderung.
- Inwieweit „Wohlstand für alle“ bei gleichzeitigem Schutz von Klima und Umwelt gelingen kann, ist offen.
- Sowohl der Ansatz des Grünen Wachstums (Green Growth) als auch der Verzicht auf Wachstum (Degrowth) haben methodische Schwächen.

Politikempfehlungen:

- Negative externe Umwelteffekte mit marktbasierter Instrumenten internalisieren.
- Raum für Experimente und innovative Ansätze schaffen.
- Wirtschaftliche und gesellschaftliche Institutionen wachstumsunabhängiger gestalten.
- Gesellschaftliche Akzeptanz für die notwendige Transformation sichern.

ropäischen Emissionshandel Treibhausgasemissionen effektiv und kostengünstig reduziert. Sie sollte zweitens die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass neue und kreative Ansätze für technologische und gesellschaftliche Innovationen entstehen, um mit Umweltschäden besser umgehen bzw. diese vermeiden zu können. Drittens sollte sie Möglichkeiten ausloten, gesellschaftliche Institutionen wachstumsunabhängiger zu gestalten. Dies gilt insbesondere für die Sozialversicherungssysteme und den Bildungsberreich, die einen wesentlichen Beitrag zu einem guten Leben leisten, deren Finanzierung aber gleichzeitig durch wirtschaftliches Wachstum abgesichert wird.

Bisher ist es keinem Land gelungen, ein angemessenes Wohlstandsniveau zu erreichen und gleichzeitig die planetaren Belastungsgrenzen einzuhalten. Die Herausforderung bleibt daher enorm. Ein dauerhafter Ausgleich zwischen Wachstum und Klimaschutz, zwischen Ökonomie und Ökologie gelingt dabei letztlich nur mit einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz und wenn die Menschen bereit sind, die notwendigen Veränderungen mitzugehen.

Dieser Policy Brief entstand auf Grundlage des ECONWATCH-Meetings „Green Growth & beyond: Wohlstand ohne Wachstum?“ mit Dr. Nils aus dem Moore (Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung – RWI).

Impressum

ECONWATCH

Gesellschaft für Politikanalyse e.V.

Poststraße 12

10178 Berlin